

1

2 **Landesparteitag 21.11.09**

3 **Leitantrag**

4 **Zur Situation nach der Bundestagswahl**

5

6 **Der schwarz/gelbe Koalitionsvertrag: Hauptsache, erst mal regieren und mit neuen**

7 **Schulden die Macht sichern**

8 Die neue Regierung setzt auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und auf ein illusionäres
9 starkes Wachstum, nicht aber auf eine solidarische Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit für die
10 übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger.

11 Die Koalition gibt die falschen Antworten auf die aktuellen Probleme, mit denen Gesellschaft und
12 Wirtschaft durch die Wirtschaftskrise konfrontiert sind. Sie setzt auf die alten Rezepte. Sie vertritt
13 weiter zuallerst die Interessen der großen Finanz- und Wirtschaftskonzerne, der Superreichen und
14 der eigenen Klientel. Deshalb enthält der Koalitionsvertrag die falschen Antworten auf die
15 Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts: Weder für die nationale und globale Klima- und
16 Energiekrise noch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der öffentlichen Verarmung werden
17 die richtigen Lösungsansätze gegeben. Soziale Ausgrenzung und Hoffnungslosigkeit werden so
18 weiter verschärft Soziale Gerechtigkeit im eigenen Land herzustellen und Übernahme von
19 Verantwortung für globale Gerechtigkeit finden sich nicht als Grundlagen der angekündigten
20 Regierungspolitik.

21 Beteiligung der Einkommensstarken und Vermögenden sowie der Profiteure der
22 Finanzmarktspekulationen an den öffentlichen Kosten der Krisenbewältigung ist nicht vorgesehen.

23 Entschlossene Maßnahmen gegen das Anwachsen von sozialer Ausgrenzung prekärer
24 Lebensverhältnisse und von Armutskarrieren, vor allen Dingen Kinderarmut, sind nicht
25 vorgesehen.

26 Die geplante Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz-IV-Empfängern für die Altersvorsorge wirkt
27 sich nur bei einem verschwindend geringen Anteil der Betroffenen aus und stellt in Wahrheit in den
28 meisten Fällen eine Subventionierung der Rentenkasse dar, da es unter Umständen auf die
29 Grundsicherung im Alter angerechnet wird.

30 DIE LINKE fordert keine Erhöhung des Kinderfreibetrags, von dem die Besserverdienenden
31 deutlich mehr profitieren als die anderen Einkommensteuerzahler. Die Anrechnung des
32 Kindergeldes auf die Regelsätze von Hartz IV muss sofort abgeschafft werden um überhaupt eine
33 Verbesserung für die Betroffenen zu erreichen.

34 Von einem hohen Kinderfreibetrag profitieren Gutverdiener mehr als Geringverdiener. Hartz-IV-
35 Bezieher nicht einmal von einer Kindergelderhöhung. Denn die Anrechnung des Kindergeldes auf
36 die Regelsätze von Hartz-VI wird nicht abgeschafft.

1 Die geplanten Maßnahmen bei der Unternehmensbesteuerung bringen im Wesentlichen den
2 großen Konzernen und Verkäufern von Unternehmen Vorteile. Die kleinen und mittleren Betriebe
3 werden nur durch wolkige Versprechungen für Steuervereinfachung entlastet.

4 Für die ca. 200 Milliarden Euro, die derzeit pro Jahr vererbt werden, fließen rund 4 Milliarden
5 Erbschaftssteuer, also rund 2 % in die öffentlichen Haushalte. Nun soll die Erbschaftsteuer noch
6 weiter ausgedünnt werden.

7 Diese Koalition sieht keine nennenswerten Erhöhungen der Staatseinnahmen durch eine
8 Erhöhung der Unternehmensbesteuerung und Vermögenssteuer vor. Daher müssen
9 Steuergeschenke zunächst auf Pump finanziert werden, um dann zu einem späteren Zeitpunkt die
10 Steuerausfälle mit Sozialabbau zu finanzieren. Hier tickt eine Zeitbombe.

11 Die weitere Deregulierung der Arbeitswelt ist geplant. Die bisherigen branchenspezifischen
12 Mindestlöhne werden in Frage gestellt. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen in diesem
13 Bereich können durch ein Veto der Arbeitgeber ausgehebelt werden. Kettenarbeitsverträge
14 werden legalisiert. Regelungen zur Altersteilzeit werden endgültig gekippt.

15 Gesundheit und Pflege hat die Schwarz-Gelbe Koalition zum gesellschaftspolitischen
16 Experimentierfeld erklärt. Geprobt wird der Systembruch oder gar Systemwechsel. Die paritätische
17 Finanzierung seit Bismarck zwischen Lohnabhängigen und Arbeitgebern soll endgültig der
18 Vergangenheit angehören: Arbeitgeberanteile einfrieren, Arbeitnehmerbelastung durch Beiträge
19 und Selbstbeteiligung erhöhen.

20 In der Klima- und Energiepolitik wird mehr oder weniger unverhohlen der Atomkraft eine erneute
21 Perspektive eröffnet. Der Ausstieg vom Ausstieg ist vorbereitet.

22 In der Außen- und Militärpolitik wird der Kurs der vergangenen Jahre fortgesetzt. Diese Regierung
23 steht zur aggressiven Militärstrategie der Nato und wird weiterhin die Bundeswehr in internationale
24 kriegerische Auseinandersetzungen schicken. Im Klartext signalisiert dies: Die Bundesrepublik
25 Deutschland auf dem Weg zu einer hochgerüsteten Großmacht mit weltweiten Ambitionen.

26 Diese Regierung steht ohne Wenn und Aber zum Lissabon-Vertrag und dessen neoliberaler und
27 militaristischer Substanz.

28 Für die Innen- und Gesellschaftspolitik hält diese Regierung eine erneute reaktionäre Ausrichtung
29 bereit: Sie redet der sogenannten Totalitarismustheorie das Wort. Faschismus und Kommunismus
30 werden gleichgesetzt. Hier soll ein sogenannter Post-Antikommunismus gelten.

31 Landespolitisch von großer Bedeutung ist die Aussage „international wettbewerbsfähige
32 Betriebszeiten“ sicherzustellen. Dies bedeutet für den Flughafenstandort Frankfurt, das
33 Unterlaufen der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs hinsichtlich des jahrelang
34 von Koch und Hahn zugesagten Nachtflugverbotes.

35 Vorläufiges Fazit: der Versuch, eine Strategie der Empörung und Gegenmobilisierung vorerst zu
36 vermeiden, soll mit Formulierungstricks zunächst verhindert werden. Dies kann und wird nicht
37 aufgehen.

38 An uns ist es, die unsoziale, rückwärts gewandte und gesellschaftspolitisch fatale Ausrichtung
39 dieser Koalition zu entlarven und aufzuklären. Für uns steht fest: Wenn alle Absichten im sozial-

1 und wirtschaftspolitischen Bereich von Merkel und Westerwelle umgesetzt werden, wird es am
2 Ende der Legislaturperiode 15 % der Bevölkerung wesentlich besser und 85 % wesentlich
3 schlechter gehen. Diese angekündigte Politik provoziert Protest, Widerstand und soziale Unruhen.
4 Die Aufgabe der Linken ist es, gemeinsam mit den außerparlamentarischen Bewegungen, vor
5 allen Dingen gemeinsam mit den Gewerkschaften, Abwehrkämpfe zu organisieren.

6 Die hessische LINKE nimmt die Herausforderungen, die aus der Analyse dieses Vertrages für uns
7 deutlich sichtbar werden, an.

8 **Einschätzungen der Bundestagswahl**

9 Wir haben mit 8,5% der abgegebenen Stimmen in Hessen bei der Bundestagswahl ein
10 hervorragendes Wahlergebnis erzielt und damit unser Ergebnis von 2005 um 3,2 Prozent
11 übertroffen. Hunderttausende Wählerinnen und Wähler haben diejenigen widerlegt, die uns seit
12 einem Jahr die Fähigkeit absprechen, in der Krise unseren Stimmenanteil merklich zu erhöhen.
13 Insgesamt setzen jetzt 5.155.933 Menschen ihre Hoffnung in uns; in Hessen sind es 271.455. Wir
14 haben dieses Mal bundesweit mit 11,9 % 16 Direktmandate gewonnen und sind im Bundestag als
15 viertstärkste Fraktion vertreten, vor den Grünen, die als Partei sozialen und ökologischen Wandels
16 an Glaubwürdigkeit verloren haben. Die diesjährige Bundestagswahl hat aber auch belegt, dass
17 das Vertrauen der Menschen in die Parteien und die politischen Entscheidungsprozesse
18 insgesamt stark geschwächt ist. Die Wahlbeteiligung lag auf einem historischen Tiefstand. Und
19 dies ist vor allem der Wahlenthaltung der traditionellen Wähler der SPD zuzurechnen. Der
20 parlamentarische Betrieb insgesamt leidet unter einem Vertrauensschwund, und wir haben noch
21 nicht allen, die von der Politik der Umverteilung und Ausgrenzung enttäuscht sind, eine glaubhafte
22 Alternative präsentieren können.

23 Im Unterschied zur Bundestagswahl 2005 liegen unsere Ergebnisse in allen hessischen
24 Wahlkreisen deutlich über 5 Prozent. In mehreren Wahlkreisen liegen die Ergebnisse sogar bei 10
25 Prozent. Darunter befinden sich sowohl Ballungszentren, mittelgroße Städte als auch ländliche
26 Räume.

27 Wir haben besonders stark in Wahlbezirken mit hohem Anteil an Arbeitslosen und ArbeiterInnen
28 gewonnen. Daran müssen wir die programmatische und organisatorische Weiterentwicklung der
29 LINKEN ausrichten. Der Wahlerfolg der Linken erfordert in Hessen ein deutliches politisches Profil
30 für die Landes- und Kommunalpolitik und eine Strategie zur Unterstützung des
31 außerparlamentarischen Widerstandes. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2011 erfordert dies
32 ab sofort intensive Anstrengungen der gesamten Partei.

33 **Wir wollen die kapitalistische Ordnung überwinden**

34 Die gegenwärtige Krise macht deutlich, dass das kapitalistische System den demokratischen und
35 sozialen Lebensinteressen der Menschen in unserem Land nicht gerecht wird. Wir brauchen eine
36 soziale und wirtschaftliche Neuordnung, deren Ziel und Inhalt nicht das kapitalistische Gewinn- und
37 Machtstreben sein kann.

38 Das Ergebnis der Bundestagswahl bringt auch eine wachsende Polarisierung in unserer
39 Gesellschaft, die nach wie vor durch einen unüberbrückbaren Interessengegensatz zwischen
40 Kapital und Arbeit geprägt ist, zum Ausdruck. Hier ist die Linke politisch klar positioniert. Wir sind
41 die einzige Partei, die gegen den menschenfeindlichen, neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft
42 und gegen die Zerstörung des Sozialstaats kämpft. Wir sind die einzige Anti-Agenda 2010 Partei.
43 Wir stehen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wir sind Antikriegspartei und die Partei des

1 demokratischen Sozialismus. Wir stehen als Partei DIE LINKE fest an der Seite der
2 Friedensbewegung, der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten.

3 Wir stellen die Eigentums- und Machtfrage mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen
4 Gesellschaftsordnung und des Aufbaus einer neuen, in der die Ausbeutung des Menschen durch
5 den Menschen beseitigt ist. Wir lehnen jede Politik ab, die Profitmaximierung als Maß allen
6 Wirtschaftens akzeptiert.

7 Wir fordern:

- 8 • Die Überführung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in gesellschaftliches
9 Eigentum, insbesondere der Energie-Konzerne, aber auch der Großbanken;
- 10 • Staatliche Hilfen zur Rettung von OPEL und anderen Großunternehmen müssen zu staatliche
11 Eigentumsanteile führen. Keine öffentlichen Mittel ohne öffentliche Kontrolle.
- 12 • Eine kostenlose, hochqualitative und verlässliche Gesundheitsversorgung für alle;
- 13 • Mehr direkte Demokratie und wir unterstützen Forderungen nach Politischem Streik;
- 14 • Ein Verbot der Parteienfinanzierung durch Großkapital und Banken;
- 15 • Das antidemokratische Lobbyisten-Unwesen der Wirtschafts- und Unternehmerverbände
16 gesetzlich zu verbieten.
- 17 • Das Festhalten an einem bundesweit einheitlichen Erbschaftsteuergesetz und sind gegen jede
18 Zersplitterung durch Öffnungsklauseln, die es den Ländern freistellt, ob sie diese Steuer erhebt
19 oder nicht. Durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer und entsprechender gesetzlicher
20 Ausgestaltung der Erbschaftsteuer muss gewährleistet werden, dass auch die Großen
21 Vermögen und Erbschaften ihren Beitrag an der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben
22 leisten.

23

24 Wir machen keine Abstriche bei unseren politischen Grundpositionen:

- 25
- 26 • Das Hartz-IV-System muss beseitigt werden. Fördern statt Fordern muss endlich die oberste
27 Maxime der Arbeitsmarktpolitik sein.
- 28 • Die Rente mit 67 muss abgeschafft werden.
- 29 • Mit den Gewerkschaften setzen wir uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn
30 ein.
- 31 • Wir verlangen, dass die Kriegseinsätze der Bundeswehr überall in der Welt beendet werden
32 und zwar sofort! Erster Schritt: Raus aus Afghanistan!
- 33 • Wir unterstützen eine offensive gewerkschaftliche Gegenmacht im Widerstand gegen eine
34 immer inhumaner und aggressiver werdende Politik des Kapitals. Dazu gehört auch die
35 Anwendung des politischen Streiks, wie ihn z. B. die Gewerkschaft IG BAU unlängst in ihrer
36 Satzung verankert hat.
- 37 • Wir treten für einen radikalen Wandel in der Industriepolitik ein, die auf Nachhaltigkeit
38 verpflichtet werden muss. Dazu gehört in erster Linie die zukunftsfähige Entwicklung des
39 Schienenverkehrs mit entsprechenden Fahrzeugen und Strecken. Einen Börsengang und
40 damit die Privatisierung der Bahn lehnen wir ab.
- 41 • Wir sind für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, für eine konsequente Entwicklung
42 und Förderung alternativer Energieerzeugung.
- 43
- 44 Die Linke ist integraler Bestandteil der neuen Anti-Atomkraft-Bewegung.

1 **GRÜNE und SPD**

2 Mit SPD und Grünen ist es zur Zeit nicht möglich, gemeinsam strategische Ansätze zu finden. Die
3 gemeinsam politische Schnittmengen und die Potenziale in beiden Parteien für eine vorurteilsfreie
4 Zusammenarbeit mit der LINKEN sind als äußerst gering einzuschätzen. Die LINKE strebt
5 gleichwohl die punktuelle Zusammenarbeit und Aktionsbündnisse mit SPD und Grünen und
6 anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften an, wo immer dies im Sinne der Durchsetzung
7 von sozialer Gerechtigkeit, guter Arbeit und Frieden dienlich ist.

8 Wir verwehren uns dagegen, wenn sozialdemokratische Politiker in der Öffentlichkeit so tun, als
9 sei es von ihrem Willen abhängig, ob DIE LINKE mit der SPD eine Koalition bilde. Wir sagen:
10 Solange die SPD eine Kriegs- und Agenda-2010-Partei ist, gehen wir mit ihr keine Koalition ein!

11 SPD und Grüne sind nach wie vor von neoliberalen Ideologien durchdrungen und stehen zurzeit
12 mehrheitlich nicht für einen Politikwechsel, wie wir ihn anstreben, zur Verfügung.

13 Den immer wiederkehrenden Scheinargumenten, vorgetragen von Vertretern von Grünen und
14 SPD, entgegenen wir in aller Deutlichkeit: Wir beteiligen uns an Regierungskoalitionen, wenn
15 dadurch ein grundlegender Politikwechsel möglich ist.

16 Die LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen oder eine tolerieren, die sich an Kiregen
17 beteiligt oder Privatisierung, Personal- oder Sozialabbau oder den Abbau demokratischer Rechte
18 vornimmt. Diese Mindestbedingungen müssen rechtzeitig in den Wahlkämpfen der Wählerschaft
19 kommuniziert werden.

20 Unsere Forderungen nach Sicherung und Ausbau des Sozialstaats wären seriös finanzierbar,
21 wenn Bundes- und Landesregierungen politisch dazu bereit wären, die Ausgabenseite des
22 Staates u.a. durch eine gerechte Unternehmensbesteuerung und durch die Wiedereinführung der
23 Vermögenssteuer zu erhöhen. Das heißt konkret auch, die Umverteilung von unten nach oben zu
24 stoppen und umzukehren.

25 **Perspektiven für DIE LINKE. Hessen**

26 Das mit großer Spannung erwartete und für uns mit enormen Kraftanstrengungen verbundene
27 Superwahljahr liegt hinter uns; es ist an der Zeit, die vor uns liegenden Ziele und Aufgaben neu zu
28 bestimmen:

29 Wichtigstes Ziel ist, den Parteaufbau weiter voranzutreiben. Wir wollen aus den Fehlern, die die
30 europäischen Arbeiterparteien in der Vergangenheit gemacht haben, lernen. Unser Ziel ist es,
31 unseren Parteaufbau weiterhin unter aktiver Mitwirkung aller Mitglieder demokratisch zu gestalten.
32 Das macht die neue LINKE aus. Unser Mitgliederentscheid letztes Jahr ist beispielhaft dafür, wie
33 wir mit wichtigen Richtungsentscheidungen umgehen. Besonderes Augenmerk beim Parteaufbau
34 gilt bisher noch zu wenig vertretenen Bevölkerungsgruppen.

35 Zum weiteren Parteaufbau gehört eine breite Diskussion unseres Parteiprogramms. Diese
36 Diskussion muss von der Basis ausgehen. Wir fordern daher alle Mitglieder auf, die
37 Programmdiskussion – auf der Grundlage der programmatischen Eckpunkte und des
38 Bundestagswahlprogramms 2009, aber offen für Ergänzungen und Erweiterungen – in den Kreis-
39 und Ortsverbänden zu eröffnen und engagiert zu führen.

1 Desweiteren fordern wir den Parteivorstand auf, möglichst schnell einen Zeitplan und Vorschläge
2 zur Organisation und Moderation der Programmdebatte vorzulegen, damit alle Mitglieder diese
3 Diskussion ohne Zeitdruck führen können. Eine demokratische, alle Mitglieder einbeziehende
4 Diskussion braucht Zeit; wir wollen die Programmdiskussion nicht einigen wenigen
5 Selbstberufenen überlassen.

6 Viele Menschen haben das Vertrauen in Parteipolitik verloren; sie engagieren sich aber z.B. in
7 Bündnissen und treiben viele fortschrittliche Initiativen voran. Wir streben an, aktiver Teil solcher
8 Bündnisse im außerparlamentarischen Kampf zu werden. Besonderes Augenmerk gilt hierbei den
9 betrieblichen Kämpfen und der Gewerkschaftspolitik.

10 **Wichtige Ziele unserer Landespolitik**

11 Auf der Landesebene sehen wir uns einer Regierung gegenüber, die sich als Vorbild und Partner
12 der schwarz-gelben Bundesregierung versteht. Ähnlich wie diese verdankt sie ihr Amt nicht einem
13 absoluten Stimmzugewinn, sondern vor allem der Schwäche der SPD. Und ähnlich wie die
14 Bundesregierung setzt die Koch-Koalition auf eine rücksichtslose Politik im Interesse ihrer Klientel
15 in den Arbeitgeberverbänden. Vor dem Hintergrund der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren
16 bedeutet dies massive Angriffe auf den Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung und
17 damit verbunden notwendigerweise eine Beschneidung von Bürgerrechten und demokratischer
18 Mitbestimmung.

19 Unsere Aufgabe und Chance für die kommende Zeit besteht darin, den bestehenden und noch zu
20 erwartenden Widerstand zu orten, aufzugreifen und auszuweiten. Unsere Bündnis- und
21 Mobilisierungsfähigkeit können zu unseren wirksamsten Mitteln in der politischen
22 Auseinandersetzung werden. Zu den wichtigsten Auseinandersetzungen auf Landesebene werden
23 weiterhin gehören:

- 24 • Der Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden und das Nachtflugverbot
- 25 • Der Schrottreaktor Biblis und die durch die Bundesregierung geplante und von der
26 Landesregierung geforderte Laufzeitverlängerung
- 27 • Schaffung von Arbeitsplätzen durch mehr Stellen im Öffentlichen Dienst, vor allem in den
28 Bereichen Gesundheit, Umwelt, Bildung und Soziales
- 29 • Keine Operation Düstere Zukunft II und kein weiterer Sozialkahltschlag, sondern endlich mehr
30 Geld für Soziales
- 31 • Die Gemeinschaftsschule für alle bis zur 10. Klasse als Regelschule anstelle des bisherigen,
32 mehrgliedrigen Schulsystems.

33 Die Wirtschaftskrise wird nicht nur den Kürzungsdruck auf die Regierung erhöhen, sondern auch
34 zu zahlreichen Angriffen der hessischen Unternehmer auf ihre Belegschaften führen. In diesen
35 Auseinandersetzungen, in denen wir die Regierung zur Übernahme von Verantwortung drängen
36 müssen, stehen wir fest an der Seite der Beschäftigten.

37 **Kommunalpolitik betrifft die Menschen unmittelbar**

38 Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise treffen die Menschen in ihrem Wohn- und Arbeitsumfeld
39 schnell und hart. Schon jetzt führen die massiven Einbrüche bei den Gewerbesteuern wie auch die
40 erheblichen Kürzungen der kommunalen Finanzmittel durch das Land Hessen zu spürbaren
41 Einschränkungen bei den so genannten freiwilligen Leistungen der Landkreise und Gemeinden. In
42 den kommenden Jahren droht ein Finanzkollaps mit unübersehbaren Folgen für die kommunale
43 Selbstverwaltung und somit eine Einschränkung direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung.

1 Es droht die Reduzierung der kommunalen Aufgaben auf ihre Pflichtaufgaben und damit die
2 Einschränkung der Arbeit aller sozialen Projekte und Einrichtungen, die Schließung von
3 Bibliotheken, Museen und Theatern, weitere Einschränkungen bei Sportstätten, Schwimmbädern
4 und im öffentlichen Personenverkehr. Eine weitere Privatisierungswelle kommunaler
5 Eigenbetriebe, von Krankenhäusern und Altenpflege, ist zu befürchten.

6 Bei den zurückliegenden Kommunalwahlen 2006, wo wir erstmals in Hessen als breite LINKE
7 angetreten sind, konnten wir auf Anhieb mehr als 150 Mandate in 30 Städten und Gemeinden
8 sowie in 20 Landkreisen gewinnen. Seither streiten wir, in unmittelbarer Zusammenarbeit
9 gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und örtlichen Initiativen aktiv in den
10 Kommunalparlamenten für soziale Gerechtigkeit, den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge,
11 mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung!

12 Wir wollen unsere kommunalpolitische Arbeit erheblich verstärken, denn sie ist eine wichtige
13 Grundlage gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Unser Ziel für die Kommunalwahl 2011
14 ist es, unsere Mandate in den Fraktionen zu vergrößern und in weitere Kommunalparlamente
15 erstmals einzuziehen. Dazu ist es notwendig, die bestehenden Kontakte zu aktiven
16 EinwohnerInnen, zu Initiativen, Gewerkschaften und sozialen Organisationen vor Ort zu vertiefen
17 und dort für Mitarbeit zu werben.

18 **Parteiaufbau**

19 Eine der wichtigsten Aufgaben des Landesverbandes – auch in Hinblick auf die Kommunalwahl
20 2011 – bleibt es, die vorhandenen Strukturen zu stärken, den Mitgliederbestand zu konsolidieren,
21 Mitglieder und Interessenten zu aktivieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Wichtig wird hierbei
22 auch die Neugründung von Ortsverbänden sein, wo immer dies möglich ist. Faktisch wachsen
23 unsere Wahlergebnisse schneller als unsere Strukturen. Außerdem gelingt es in vielen
24 Kreisverbänden noch nicht ausreichend, die Mitgliedschaft in die Arbeit vor Ort einzubinden.

25 Der Landesparteitag begrüßt ausdrücklich, dass in vielen Kreisverbänden Neumitgliederabende
26 stattfinden und die Aktivierung der Genossinnen und Genossen, die neu zur Partei stoßen,
27 zunehmend angegangen wird. Leider fehlen noch struktur- und organisationspolitische
28 Vorbedingungen, dies zu einer flächendeckenden Kampagne auszubauen. Besonderes
29 Augenmerk müssen wir auf die Integration von weiblichen und jungen Mitgliedern in unsere Partei
30 legen; Diskussionsangebote, aber auch ein geeigneter Diskussions- und Veranstaltungsstil
31 nehmen darauf Rücksicht.

32 3 große Aufgaben stehen vor uns:

33 1. Auf allen Ebenen der Partei müssen Frauen das Parteilieben in Zukunft sehr viel stärker als jetzt
34 gleichberechtigt mit gestalten. Dafür müssen von Grund auf eigene Frauenstrukturen gebildet
35 werden.

36 2. In Vorbereitung der Kommunalwahlen in Hessen müssen wir stärker als bisher in den
37 Wahlkämpfen darauf achten, dass Themen von uns gesetzt werden, für die sich Frauen besonders
38 auch im kommunalen Rahmen engagieren.

39 3. Wir müssen endlich mutig auf Frauen zugehen, die in den Kommunen, den
40 außerparlamentarischen Bewegungen und den Gewerkschaften verankert sind.

1

2 Der Parteitag fordert alle Ortsverbände, Kreisverbände und die Landesebene dringend auf,
3 folgende Initiativen zu ergreifen: In den nächsten 2 Monaten soll in jeder Ortsverbände von den
4 weiblichen Mitgliedern eine „Frauenverantwortliche“ gewählt werden und beauftragt werden, ihre
5 Interessen zu vertreten. Jedem Kreisvorstand soll eine von den weiblichen Mitgliedern gewählte
6 „Frauenverantwortliche“ zur Seite gestellt werden und ihre Empfehlungen sollen weitestgehend
7 berücksichtigt werden. Die frauenpolitischen Sprecherinnen im Landesvorstand müssen gestärkt
8 werden, indem ein „Frauenressort“ gebildet wird, das regelmäßige Treffen der
9 Frauenverantwortlichen aller Ebenen einberuft und diese moderiert. Mind. einmal im Halbjahr soll
10 in jedem Kreis ein Frauenplenum einberufen werden, das u. a. den Stand der aktuellen
11 Frauenbeteiligung thematisiert, ebenso wie mind. einmal im Jahr ein Frauenplenum auf
12 Landesebene stattfinden soll.

13 Alle gewählten Frauen sollen eng mit Frauenstrukturen und Frauenzusammenschlüssen innerhalb
14 und außerhalb der Partei zusammen arbeiten.

15

16 Wir bitten unsere Bundestagsabgeordneten, diesen Prozess zu unterstützen. Gleichzeitig kommen
17 auch auf unsere Landesgeschäftsstelle immer mehr Aufgaben zu, die in einem guten Mix aus
18 hauptamtlicher und ehrenamtlicher Tätigkeit bewältigt werden müssen.

19 Der Landesvorstand wird binnen eines halben Jahres gemeinsam mit den Kreisverbänden, den
20 MandatsträgerInnen, den LAG´s und dem Jugendverband ein umfassendes Konzept entwickeln,
21 um die lokalen Strukturen zu stärken. Dies muss sinnvoll und zielgruppengerecht mit politischen
22 Inhalten und Aktionsformen verknüpft werden. Mögliche Ansätze gibt es in Hinblick auf Aktionen
23 gegen Naziaufmärsche (bsw. Friedberg), beim Endspurt der Afghanistan-Abstimmungskampagne
24 wegen der anstehenden Mandatsverlängerung im Dezember 2009 oder auch in Verzahnung mit
25 dem Jugend- und Studierendenverband und deren Aktivitäten zum Thema Bildung (Bildungsstreik,
26 kostenloses SchülerInnenticket).

27 Die Zielstellung hierbei ist:

- 28 • Aktivierung der Mitgliedschaft und des SympathisantInnenumfeldes.
 - 29 • Räume schaffen, damit sich Umfeld und Parteibasis einbringen können.
 - 30 • Gewinnung neuer Mitglieder.
- 31

32 Ein Konzept hierfür wird zeitnah in die Partei gegeben und vor Ort – in den Basisstrukturen –
33 diskutiert. Dieser Prozess ist ergebnisoffen, aber wesentliche Vorbedingungen sind:

- 34 • Umfassende Auswertung der Aktivierungskampagne in den abgelaufenen Wahlkämpfen.
- 35 • Abfrage der lokalen Strukturen und Erfahrungen der Kreisverbände.
- 36 • Durchführung von Regionalkonferenzen zum Thema
- 37 • Einarbeitung bedarfsgerechter Schulungs- und Bildungskonzepte mit entsprechenden
38 Einrichtungen in und bei der Partei (RLS, KBP, KoPoFo)
- 39 • Vernetzung der verschiedenen Strukturen.
- 40 • Zielgruppenanalyse und Entwicklung zielgruppengerechter Kampagnenelemente, bzw.
41 Ansprachen.

1

2 **Aktionsfähigkeit**

3 In den vor uns liegenden Wochen müssen große Teile der hessischen Bevölkerung
4 Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen befürchten. Beschäftigte, Rentnerinnen
5 und Rentner und Bezieher von Transferleistungen sollen zur Kasse gebeten werden für die
6 Milliardengeschenke, die die Banken infolge der von ihnen selbst verursachten Wirtschaftskrise
7 bekommen haben.

8 Weil wir wissen, dass die Krise kein Betriebsunfall des Kapitalismus ist, sondern die logische
9 Konsequenz seines Grundprinzips (Profitmaximierung um jeden Preis), ist es unsere Aufgabe,
10 überall dort mitzuarbeiten und zu kämpfen, wo sich Menschen für ein besseres Leben einsetzen:

- 11 • In Betrieben, weil Massenentlassungen, Schlechterstellungen oder gar Firmenschließungen
12 drohen;
- 13 • Vor Arbeitsämtern, weil die Arbeitslosigkeit steigt und die Leitungen weiter eingeschränkt
14 werden sollen;
- 15 • in den Kommunen, wenn wegen kollabierender Steuereinnahmen freiwillige Leistungen gekürzt
16 werden

17

18 **Sozial auch nach der Wahl – DIE LINKE. Hessen!**

19

20

21

22 Beschlossen mit 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

23